

Walden

Halle'sche Neuzeit Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Walden-Neuzeit“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der in einem zu entwerfenden Belegbogen ist festzusetzen. Der Januar-Verkaufspreis frei Haus beträgt 35 Geldeinheiten. Belegbogenstellungen sind nur bis Freitag für die kommende Woche zu tätigen. Inhalt der Neuzeit: Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport, etc. Die Anzeigen werden nach Reihenfolge des Besenders, die Preise sind festzusetzen. Verleger: Hans Probenauer, 1. und 2. Straße, Halle a. S. Druck: Druckerei „Walden“, Halle a. S. Postfach 100. Verleger: Hans Probenauer, Halle a. S. Postfach 100. Verleger: Hans Probenauer, Halle a. S. Postfach 100.

Der Abgang des englischen Kabinetts.

Baldwins Widerfacher.

Die Thronrede und die Haltung der Parteien.

Der König von England hat am Dienstag vormittag die Thronrede vorlesen, die mit Unrecht mit einer gewissen Spannung erwartet worden war. Sie ist eingeleitet durch die Vorbereitungen zum Sturz des Kabinetts Baldwin und enthält infolge dessen alles, was außerhalb der englischen Grenze besonderer Beachtung wert war. Das Kapitel der auswärtigen Politik wird nur mit kurzen tatsächlichen Bemerkungen gestreift. Die auch für England wichtige Angelegenheit, das europäische Reparationsproblem, erhält nur den einen Satz, daß die Reparationskommission jetzt Ausschüsse eingeleitet hat, in denen die „wirklich ersten finanziellen Fragen zu prüfen sind, die in der Situation Deutschlands eine entscheidende Rolle spielen“. Das ist eine ungenügende Phrase, aus der jeder herauslesen kann, was ihm gut dünkt. Aber Herr Baldwin hat offenbar alles vermeiden wollen, um keinen Nachfolger zugeben zu können. Für die englische Innenpolitik ist das Entscheidende, daß das Schuldenprogramm in der Thronrede preisgegeben wird. Wesentlich für die Thronrede selbst ist die Debatte, die sich bisher um die europäische Geltung dreht. Hier hat die Opposition den Kegel eingeschlagen, an dem die Regierung verloren in den nächsten Tagen aufgeknüpft wird. Ueber die Reden Macdonalds und Lloyd Georges geht uns folgender Bericht zu:

London, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Im Verlauf der gestrigen Unterredung hat Macdonald die verhängnisvollen Auslegungen an der Thronrede, die Geborgenheit aus dem Arbeiterprogramm enthalten habe, u. a. ausgeführt, daß die Lage Englands in Europa sich bedenklich verschlechtert habe und man unversichtlich die bisher von dem englischen Kabinetts betriebene Politik aufgeben müsse. Macdonald betonte, daß wenn England den letzten Entschluß fälle, dem Englands ein Ende zu machen, auch eine Senkung der politischen Lage Deutschlands herbeigeführt würde. Zur Frage der Ruhrbesetzung erklärte Macdonald folgendes: Wenn wir uns zwölf Monate im Gefolge zurückziehen, wenn wir sich, daß das englische Kabinetts mit der französischen Politik in der Ruhrfrage nicht einverstanden war. Als nun die englische Regierung von ihren eigenen Maßnahmen erzählt, daß die bestehende Ruhrbesetzung ungerecht ist, befürchte ich sich darauf, ihren Verbindungen zu legen.

„Wenn wir uns auch den Untersuchungen nicht anschließen, weil wir überzeugt sind, daß Ihre Unrecht habt, so hoffen wir doch, daß es Euch gelingt!“

Wohl ein Wohlwille! Sobald nur der Augenblick kommt, diese Politik zu ändern, sind bei Macdonalden die letzten Entschlüsse auch die Gemütskräfte, die England bei keinen Anstrengungen entgegenstellen, die es unternimmt, mit einem Autokratie wieder zu gewinnen. Wir müssen um jeden Preis neue Wege in der Politik einschlagen und dürfen es nicht buiden, daß man uns übergeht. Ich bin überzeugt, daß keine Nation in ganz Europa uns mehr befehle folgen lassen wird, wenn wir nachdrücklich verlangen, daß wir unsere Entschlüsse geltend zu machen wünschen. Um weitere Entschlüsse wollen wir nachdrücklich verlangen, daß wir unsere Entschlüsse geltend zu machen wünschen. Um weitere Entschlüsse wollen wir nachdrücklich verlangen, daß wir unsere Entschlüsse geltend zu machen wünschen.

Die Regierung, die eine so unangelegliche Politik treibe, seinen Anspruch auf das Vertrauen des Landes haben könne. Lloyd George verlangte dann in einer Rede bestimmte Ausführungen über die Langzeitfrage, die Situation im Rheinland, sowie über die rheinländische Abfallbewegung. Der frühere Premierminister erklärte ferner, daß die Abfallbewegung der französischen Regierung mit deutschen Finanzagenten in der Frage der Kohlenfragen. Lloyd George fügte hinzu: Wenn unsere Verbindungen die Spannungen gelindert haben, so haben sie einen schändlichen Bruch des Versailles Vertrags begangen. Kurzlich, fuhr Lloyd George fort, ist mit genügender Klarheit bewiesen worden, daß französische Gelder zur öffentlichen Unterhaltung der Abfallbewegung verwendet wurden. Denn wenn ein Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich, die eine Annulierung der Ruhr abzuwehnen, mit keiner Politik Erfolg hat, so ist der französische Friede bedroht und ein erster Schritt ist unumvermeidlich. Zum Schluß ergreift Baldwin das Wort und wurde von den Konferenzpartnern mit lebhaftem Beifall begrüßt. Baldwin sagte u. a.:

In einem Parlament, in dem drei ungleiche Parteien vertreten sind, von denen keine ohne die Unterstützung der anderen beiden eine Politik machen könnte, besteht das einzige Mittel, dieses Problem zu lösen, darin, eine Konferenz von Vertretern sämtlicher Parteien herbeizuführen, um eine offizielle Verständigung über eine gemeinsame Politik zu erzielen. Im Hinblick auf die Arbeiten des von der Reparationskommission ernannten Sachverständigenausschusses bemerke Baldwin, daß dieser Ausschuss der erste wahre Schritt zur Erstellung eines Ergebnisses seit einem Jahre darstelle. Es ist möglich, daß die französische Regierung auf Grund des gegenwärtigen Meinungsstandes zur Erkenntnis kommen, daß das ganze Reparationsproblem unversichtlich in einer Lösung gebracht werden müsse. Hinsichtlich der rheinländischen Separatistenbewegung sagte Baldwin, die Situation in dieser Gegend habe der englischen Regierung ernsthafte Sorgen bereitet. Aus dieser Gegend wurde beabsichtigt, einen offiziellen Vertreter nach dem Platz zu entsenden.

um nun ihm einen Bericht für das Foreign Office zu erhalten. Zum Schluß erklärte Baldwin unter lebhaftem Beifall der Konferenz, daß, wenn die Opposition den Scheidehandschuh hinwerfe, die Regierung ihn sofort aufzunehmen werde. Die Debatte wurde dann vertagt.

Mittklausenanktrag der Arbeiterpartei.

Die entscheidende Abstimmung Anfang nächster Woche.

London, 16. Januar. Die große Tagesordnung der Arbeiterpartei in Erwiderung der Thronrede wird dem Hause am Donnerstag unterbreitet werden. Ihre Form ist nunmehr endgültig festgelegt und von der Partei gebilligt worden. Sie wird mit den Worten lauten:

„Es ist nichtbefehlender unsere Pflicht, Eurer Majestät mitzuteilen, daß Eurer Majestät gegenwärtige Rede nicht mehr das Vertrauen dieses Hauses besitzt.“

Die Abstimmung über die verabschiedeten Amendements dürfte nicht vor Montag erfolgen, da zahlreiche Abgeordnete, sowohl Liberale als Vertreter der Labour Party, heute und morgen in der Unterhauskammer des Wortes zu erheben beabsichtigen.

Die Debatte im Oberhaus.

London, 16. Januar. Im Oberhaus ergreift in der Debatte über die Thronrede als Vertreter der liberalen Partei Lord Gren das Wort: Obwohl die Reparationskommission nunmehr zum Sachverständigenausschusse zur Untersuchung der finanziellen Lage Deutschlands eingesetzt habe, sehe er durchaus nicht optimistisch mit Bezug auf die Lage in Europa. Die europäischen Nationen müßten einen neuen Weg einschlagen, wenn sie zu endlicher Sicherheit gelangen wollen, und der einzige, den er dafür sehe, sei der, daß jede Nation das Selbstbestimmungsrecht unterseide, das heißt, daß ihre bewaffnete Macht nur noch unter der Leitung des Völkerbundes eingesetzt werden kann. Sein Blick hing auf die kommunistische Arbeiterregierung ohne Vorzugsmöglichkeiten. Gegenüber der Frage auf die Unterpolitik seien die Ziele der Oberhaus die selben wie die der Arbeiterpartei. Lord Curzon erwiderte, es sei wahr, daß es wäre, daß die Völker der internationalen Situation händen. Die Regierung sei der Ansicht, daß der einzige Schlüssel zur Lösung in der Aufrechterhaltung der Einheit liege, und in den letzten Jahren habe die englische Regierung wachsende Bemühungen in dieser Richtung unternommen. Er sei für die gleiche Offensivität der Reparationspolitik, besagte er schließlich, wie er sich gebe, desto besser werde im Lande erkannt werden, wie angebracht sie gemein sei und wie wenig sie den Vorwurf der Unethikhaftigkeit und der Ohnmacht verdiene, der so unfair gegen sie erhoben werde.

Rettet den Franken!

Die französische Regierung wird vor die Vertrauensfrage gestellt.

Paris, 16. Januar. Ueber den Ministerrat gibt Heines folgende offizielle Mitteilung aus: Die Regierung hat beschlossen, am Donnerstag im Parlament eine Anzahl zusammenhängender Gesetzentwürfe einzubringen, die die Wiederherstellung der Finanzkraft, den Ausgleich des Wiederherstellungsbedarfs und die Verbesserung der Lage auf dem Weltmarkt zum Zweck haben. Sie sehen vor:

1. Maßnahmen zur Unterdrückung der Steuerhinterziehungen.
2. Epariraffe in der Verzollung.
3. Vertragung sämtlicher Geheimezölle, die neue Steuern nach sich ziehen.
4. Erhebung von zwei weiteren Zehnteln von künstlichen Steuern.

Die Regierung wird die künftige Annahme dieser Entwürfe verlangen und die Vertrauensfrage stellen. Die Regierung hat ferner Maßnahmen getroffen, um die künftige eventuelle Unterdrückung der Verschuldung auf die französische Devisen und die französischen Staatspapiere zu gewährleisten.

Ergänzend wird hierzu gemeldet, daß der Beschluß zu Punkt 4, nach dem zwei weitere Zehntel von künstlichen Steuern erhoben werden sollen, eine Erhöhung aller direkten Steuern um 20 Prozent bedeutet, wodurch eine Mehrertrag von 4,7 Milliarden Franken erzielt wird. Ausgelassen werden nur ein kleiner Mehrertrag von 7 bis 8 Milliarden Franken, die zur Deckung des durch künftige Einnahmen bedingten Bedarfs der von Deutschland zu zahlenden Ausgaben verwendet werden sollen.

Paris, 16. Jan. Eine Reihe französischer Abgeordneter haben infolge der Zerrüttung der französischen Salva-Untereparationsangelegenheit. In der Kammer verlangte der Abgeordnete Socetto, daß unabhängig die Ausdrache über seine Interpellation eröffnet würde. Ein anderer Abgeordneter, Fallières, der ebenfalls eine Interpellation einreichte, ergreift für den Finanzminister, der den Ausschuss für die Interpellation verlangte. Er erklärte sich damit einverstanden, Solvace müsse dann über die Sache sagen, die einen großen Wiederhall finden müßten. Schließlich hat die Kammer mit 280 gegen 189 Stimmen die Interpellation über die Finanzlage am Donnerstag abgelehnt.

Kein Lebensmittelkredit aus Amerika.

Washington, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In gut informierten Kreisen besteht, daß der Lebensmittelkredit in Höhe von 70 Millionen Dollar, der an Deutschland verwendet werden sollte, verweigert als ausgegeben zu betrachten ist.

Dames.

Frankreichs Ausichten auf der Sachverständigen-Konferenz.

General Dames ist durch seine Pariser Rede bekannt geworden, daß durch seine Leistungen als Spezialist der Vereinigten Staaten. Was er in der ersten Sitzung, die die Sachverständigen mit dem Wiederherstellungsausschuss zusammenbrachte, frisch nur der Leder herunterredete, bereit wurde, was die Art eines Mannes, der weiß, was er will. Einziges liegt nur der Vorlaut der Rede vor. Das ist nicht viel, noch weniger die Aufnahme, die für die Pariser Presse beziet hat. Offenbar hat sie vom Quai d'Orlan den Wind bekommen, über alle gelassenen Nachrichten und Deutschland hinwegzulaufen, um den General um so mehr als den großen Freund Frankreichs zu feiern. Für das andere wird baldzeit selber laugen. Erst sollen einmal die Interzessionen stattfinden, um unter dem Eindruck und gut interessierten Überprüfen der Franzosen und Belgier Hoffnungen zu treffen, die vorher auch nicht unbekannt gemein sind. Dames hat es als die wertvollste Meinung des ganzen Erdballs bezeichnet, daß Deutschland nicht leisten kann, und daß es arbeitsfähig zu machen, ist machbar, mehr erforderlich, als nur eine Rede. Parthen hatte schon vor Dames den Versailles Vertrag als die Magna Charta bezeichnet, um in den Sachverständigen den Interzessionen harriert zu bezeugen.

Wenn schon in der öffentlichen Meinung des Erdballs darüber kein Zweifel besteht, daß die Voraussetzung für Deutschlands Zahlungsfähigkeit die Arbeitsfähigkeit, so auch darüber, daß der Versailles Vertrag, so wie ihn Frankreich auslegt, nicht zu erfüllen ist. Der Versailles Vertrag würde Deutschland Laßt zu auf, die kein Volk in leisten vermag. Selbst die unermesslich reichen Vereinigten Staaten würden kein helfen Mühen in Leistungsauftrag kommen, können sie sich einen Gläubiger wie Frankreich gegenüber. Der Versailles Vertrag ist auf der Schuldtage aufgebaut, die er sich schon die Kammern, und die nächste Forderung ist, die die Kammern fernat. Der Vertrag, der Frankreich unerbittlich zugunsten ist, hat die imperialistische Entladung der französischen Gewalttätigkeit in einer Gefahr für Europa werden lassen. Und wir können der Arbeiter der Erde, die den Erdball seit 5 Jahren erschüttert, wohl näher, wenn Dames die Arbeiten seines Interzessionen nicht mit dem deutlichen, sondern dem französischen Haushalt beginnen ließe. Daß dieser Haushalt mit einem Kriecherhaushalt arbeitet, ist ebenfalls der öffentlichen Meinung Europas bekannt. Weniger schon, daß sich dieser Fehlertrag selbst durch die regelmäßigen Zahlungen Deutschlands nicht würde beizulegen lassen, auch dann nicht, wenn viele die Höhe hätten, die das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 bestimmte.

Frankreich hat durch innerwärtige Bedrohungen und Gemalten gegen Deutschland die öffentliche Meinung aller Erdteile irreführend, Deutschland ist lösmäßig. Es will den Schaden nicht aufzuheben, den es in Frankreichs angeht hat. Dabei werden im ehemals reichsten Gebiete alle Stellen, haben ist jeder Genertifikanten unter Ästing und Sporen, der sich dafür eignet. Wenn nach Dames fertig sind, so trägt daran nicht Deutschland die Schuld, sondern jene Kräfte, die die richtigen Aufstehungswerte in die Taten setzen haben. Sie werden nicht abgesehen von den derzeitigen Machtverhältnissen Frankreichs zu finden sein. Indessen, Dames kann seinen Antrag nicht ändern. So wird sich kein Interzessionen um die Geltung des deutschen Haushaltes abmühen müssen. Willst du erndet er, daß sie verhältnismäßig leicht zu erreichen ist, doch es nur gilt, die festen Voraussetzungen für die festen Schlüsselstellungen zu schaffen. Wird Deutschland nur von den Belastungen befreit, das heißt, werden Rheinland und Ruhrgebiet, das Saargebiet und alles, was der Franzose zu rauben sucht, frei von fremder Soldateska an Deutschland zurückgegeben, so ist die Ordnung des Haushaltes sofort herzustellen.

Frankreich will aber diese Ordnung gar nicht, weil es laßt zugestehen müßte, daß es in seinem eigenen Haushalt keine Dames zu schaffen vermag. Die Ansicht dazu ist um so geringere, als der Franz die Geleitet bekommen ist, wobei es sich immer erst um die Anfänge, nicht um die Mitte oder gar schon um das Ende handelt. Daß der Franz firt, ist eine Folge der Vergrößerung des französischen Staatshaushaltes, der die ungenügenden Kräfte für die imperialistische Politik durch Fällung und Bezug künstlich schaffen muß. Das alles läßt sich verhindern, solange die „Magna Charta“ des Versailles Vertrags Frankreichs Zahlungsfähigkeit nicht, ein Geschäft und Gewalttätigkeiten gegen Deutschland zu wagen, weil es weiß, daß es einflussreich nicht auf Wiederland stoßen kann. Frankreich will Deutschlands Geltung nicht. Das wird baldzeit dem General Dames nicht mit dürren Worten lazen, wenn dieser ihm den Bericht der Interzessionen vorlegt. Über dieser Bericht geht in zunächst an den Wiederherstellungsausschuss, der daraus entnehmen kann, was er will. Und die im Anschlag der einmale Engländer Stadtrat erfahrungsgemäß immer überbrückt wird, ist für baldzeit die Gefahr nicht groß, an Dames eine Partie verlieren zu müssen.

Dr. Schacht vor die Sachverständigen geladen.

Paris, 16. Januar 1924. Der Sachverständigenausschuss hat beschlossen, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aufzuladen, zur Sachverständigen über die Wiederherstellung an einer der nächsten Sitzungen teilzunehmen. Er wird ferner beauftragt, die Protokolle seiner Verhandlungen geheim zu halten und sämtliche Auskunftsfragen darauf zu verpflichten, der Presse keine Interviews und Mitteilungen zu geben. Jede Mitteilung an die Presse wird durch den Generalsekretär erfolgen, der sie vorher dem Ausschuss unterbreiten wird.

